

# SCHWÄBISCHES TAGBLATT

DIENSTAG, DEN 5. JUNI 1947 VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TUBINGEN, UHLANDSTRASSE 2 3. JAHRGANG / NUMMER 44

## Wirtschaftsrat für die britisch-amerikanische Zone

Beide Zonen zukünftig ein einheitliches Wirtschaftsgebiet

BERLIN. Die Generale Clay und Robertson haben folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

Die Militärregierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland haben beschlossen, einen Wirtschaftsrat einzusetzen, der aus Vertretern der einzelnen Länder ihrer Besatzungszonen gebildet werden wird. Diese Vertreter sind durch die Parlamente der einzelnen Länder zu wählen. Aufgabe des Wirtschaftsrates ist es, den Militärregierungen Vorschläge für die Durchführung einer einheitlichen Politik des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zur Billigung vorzulegen.

Die beiden Zonen werden in dieser Beziehung als zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet behandelt. Außerdem hat der Zweizonenwirtschaftsrat den Militärregierungen zur Billigung entsprechende Richtlinien vorzulegen, die mit den Grundsätzen übereinstimmen, die in den Potsdamer Beschlüssen niedergelegt sind.

Die zurzeit arbeitenden Zweizonenwirtschaftsämter üben ihre Tätigkeit von nun an unter der Autorität amtierender Direktoren mit Exekutivgewalt und in Übereinstimmung mit den Richtlinien des Wirtschaftsrates aus. Neben dem Wirtschaftsrat wird noch ein Exekutivsausschuss gebildet. Dieser setzt sich aus Vertretern der verschiedenen Länder zusammen, denen die Aufgabe obliegt, die laufenden Geschäfte der bizonalen Wirtschaftsämter in Übereinstimmung mit den Anweisungen des Wirtschaftsrates zu koordinieren und zu kontrollieren. Sämtliche Vorschläge des Wirtschaftsrates sind zunächst den Militärgouverneuren Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland zur Billigung vorzulegen. In Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Dezentralisierung der deutschen Verwaltung sollen bei der Ausführung der Anweisungen und Erlasse, die von den bizonalen Wirtschaftsämtern herausgegeben werden, in möglichst großem Umfang die Länderregierungen herangezogen werden.

Die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika hoffen, daß die anderen Besatzungsmächte ihrer Einladung, sich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit anzuschließen, Folge leisten werden.

Im Anschluß daran erklärte der stellvertretende britische Militärgouverneur für Deutschland, Generalleutnant Robertson, der Wirtschaftsrat stelle keine „Schattenregierung“ dar, er habe den Zweck, die Militärregierung bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des vereinigten Wirtschaftsgebietes zu unterstützen.

Die ausführenden Organe des Wirtschaftsrates seien jeweils von der Zustimmung der britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden abhängig. Er wies erneut darauf hin, daß die beiden vereinigten Westzonen nicht mehr an das im Jahre 1946 vereinbarte Industrieniveau gebunden bleiben können, da dieser Plan die wirtschaftliche Einheit Deutschlands voraussetze.

Botschafter Murphy, der politische Berater von General Lucius D. Clay, sagte, der Wirtschaftsrat für die britisch-amerikanische Besatzungszone werde nicht nur erweiterte Befugnisse, sondern auch größere Verantwortung in die Hände der deutschen Verwaltung legen.

Die Festsetzung neuer Produktionshöhen für die deutsche Industrie sei zwar verschiedentlich in Betracht gezogen worden, jedoch halte er eine baldige Veröffentlichung solcher Pläne für unnötig, da die Industrie in den Zonen die für sie festgesetzten Produktionsmengen bisher noch nicht habe erreichen können.

Wie uns unser Pariser Korrespondent berichtet, hat das Bekanntwerden der Abmachungen zwischen den Generalen Clay und Robertson über die Schaffung eines Zweizonenwirtschaftsrates in der anglo-amerikanischen Besatzungszone in der französischen Oef-

fentlichkeit den Eindruck verstärkt, daß nun ein weiterer Schritt auf dem Wege einer Aufspaltung Deutschlands in zwei Hälften getan sei. Man hält in Frankreich den eingeschlagenen Weg für falsch und sieht der weiteren Entwicklung mit Mißtrauen entgegen.

Die von dem amerikanischen Staatssekretär Marshall in einer Pressekonferenz an Frankreich gerichtete Aufforderung zur Teilnahme an diesem Wirtschaftsrat wird in Paris bestimmt abgelehnt werden. Angenommen wird hier auch, daß die von Bevin auf dem Labour-Parteitag an die Sowjetregierung gerichtete Einladung ebenfalls abgelehnt wird. In Paris werden gewichtige Einwendungen erhoben, insbesondere daß die Grenzen zwischen Wirtschaft und Politik nur schwer gezogen werden könnten und infolgedessen die Gefahr bestehe, daß der Wirtschaftsrat politische Angelegenheiten diskutiere.

### Eine Erklärung Bevins

MARGATE. In seiner außenpolitischen Rede vor der Jahreskonferenz der Labour Party verlas der britische Außenminister Bevin eine Erklärung zur Deutschlandfrage:

Die britische Regierung betrachte den Fehlschlag von Moskau nicht als endgültig und sei

gewillt, weiter für eine wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu arbeiten, wie es im Potsdamer Abkommen niedergelegt sei. Das zeitweilige Versagen, ein Abkommen über eine gesamtdeutsche Wirtschaftseinheit zu erreichen, habe notwendig gemacht, die britische und amerikanische Zone als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, um durch ein möglichst schnelles und normales Funktionieren der Wirtschaft dieses Gebietes die Lasten, die auf den Schultern des britischen und amerikanischen Steuerzahlers ruhten, zu erleichtern und den Tag näher zu bringen, wo die Einfuhren an Lebensmitteln und Rohmaterialien an Deutschland durch deutsche Exporte bezahlt werden können. Bevin erklärte hierzu, er sei froh, daß zwischen dem britischen und amerikanischen Vertreter in Deutschland ein Abkommen für einen neuen Wirtschaftsrat geschlossen worden sei. Die Westzonen hätten niemals nur ein einziges Pfund Nahrungsmittel aus Ostdeutschland erhalten. Die Bemühungen zur Schaffung einer Wirtschaftseinheit seien daran gescheitert, daß Großbritannien keine Reparationsleistung aus der laufenden Erzeugung zustimmen könne, so lange Deutschland keine ausgeglichene Wirtschaft habe.

## Umstrittene Münchener Konferenz

Staatsrat Professor Dr. Schmid geht zur Ministerpräsidententagung

BERLIN. Die Ministerpräsidenten der fünf Länder der russischen Besatzungszone haben dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard telegraphisch mitgeteilt, daß sie grundsätzlich zur Teilnahme an der Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten am 6. und 7. Juni bereit sind. Sie haben jedoch vorgeschlagen, die Ministertagung in Berlin abzuhalten. Ferner empfahlen sie die Behandlung der Frage einer wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.

Der bayerische Ministerpräsident hat die Vorschläge der fünf Ministerpräsidenten abgelehnt, ebenso die Hinzuziehung von Vertretern der Parteien und der Gewerkschaften. Die fünf Ministerpräsidenten werden nun heute in Berlin über die durch die Ablehnung ihrer Vorschläge geschaffene neue Lage beraten.

Für die Beibehaltung der Stadt München als Tagungsort der Ministerpräsidentenkonferenz sprach sich auch der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Hermann Lüdemann, aus. Er erklärte zu der Stellungnahme der Ministerpräsidenten der sowjetischen Zone, daß er keinen Grund gegen die Abhaltung der Konferenz in München sehe, zumal diese Tagung auf Anregung der bayerischen Regierung einberufen worden sei.

Ministerpräsident Lüdemann würde es begrüßen, wenn demnächst auch eine auf parlamentarischer Grundlage einberufene Konferenz der deutschen Länder abgehalten werden könnte. Die Landesregierung Schleswig-Holstein halte an ihrem Einverständnis zu der Münchener Konferenz fest und erwarte die umgehende Bestätigung der bayerischen Regierung, daß die Frage des Flüchtlingausgleiches auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Auf dem zweiten Landespartei-Kongreß der LDP in Berlin gab Dr. Kützler die Hoffnung Ausdruck, daß die Konferenz in München nach dem Scheitern der Schaffung einer nationalen Repräsentation zu konkreten und brauchbaren

Vorschlägen kommen möge. Durch die Ablehnung der von den Ministerpräsidenten der Sowjetzone gemachten Vorschläge komme, so erklärte Kützler, dieser Konferenz jedoch keine allzu große politische Bedeutung zu. Alleinige Träger der politischen Willensbildung seien, solange Deutschland noch keine Regierung habe, nur die Parteien. Es sei jedoch wünschenswert, daß die Regierungschefs der sowjetischen Zone der Einladung nach München Folge leisten würden.

Der stellvertretende Bürgermeister und Vertreter der Stadt Berlin auf der Münchener Konferenz, Dr. Fiedensburg, erklärte, die Konferenz dürfe sich nicht mit der allgemeinen Politik befassen, sondern müsse sich den praktischen Fragen zuwenden.

Der Vorsitzende der SP., Kurt Schumacher, sagte auf dem Kongreß der Sozialdemokraten in Frankfurt, daß es sich zurzeit nicht um die Herstellung des Gleichgewichts der Kräfte, sondern um das Gleichgewicht Europas handle. Europa müsse demokratisch und sozial sein, um existieren zu können.

Die drei Länder der französischen Besatzungszone haben die Einladung nach München angenommen. Staatsrat Schmid hat ein Telegramm folgenden Wortlaut nach München gesandt: „An den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard. Ich danke namens der Regierung der Länder Württemberg und Hohenzollern für die Einladung zur Konferenz der Ministerpräsidenten in München und freue mich, der Einladung Folge leisten zu können in der Hoffnung, daß eine Vereinbarung der verantwortlichen Ländervertreter zustandekommt, die es ermöglichen kann, für den Zeitraum bis zur Regelung der Verfassungsfrage eine Verbindung der deutschen Länder zur gemeinsamen Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu schaffen. Professor Dr. Karl Schmid, Präsident der provisorischen Regierung.“

### Rücktritt aus sicherer Entfernung

BUDAPEST. Der ungarische Ministerpräsident Ferenc Nagy hat unter außergewöhnlichen Umständen seinen Rücktritt erklärt. Anlässlich einer Erholungsreise in die Schweiz besah er sich zur ungarischen Botschaft nach Bern und gab dort sein Rücktrittsgesuch ab. Er hatte sich vorsichtshalber seine Familie und sein ganzes Vermögen nachkommen lassen.

Der Rücktritt steht im Zusammenhang mit der vor einiger Zeit erfolgten Verhaftung des früheren Generalsekretärs der Partei der Kleinen Landwirte, Bela Kovacs, der von der russischen Militärregierung der Spionage beschuldigt wird. Die Aussagen des Verhafteten sollen nun den Ministerpräsidenten schwer belastet haben. Er soll an einem Komplott gegen die Militärregierung beteiligt gewesen sein.

### Militärdienstpflicht in USA. empfohlen

WASHINGTON. Der Sonderausschuß zur Untersuchung der Frage der militärischen Grundausbildung in den USA. hat einen Plan ausgearbeitet, der eine sechsmonatige Militärdienstpflicht in Friedenszeiten vorsieht. 750 000 bis 900 000 Mann sollen von 18. Lebensjahr an eine sechsmonatige Grundausbildung erhalten. Bei entsprechender Eignung wird die Fortsetzung der Ausbildung empfohlen.

In dem Bericht wird auf die in der letzten Zeit gewonnene Erfahrung hingewiesen und zum Ausdruck gebracht, daß die USA. ihre Streitkräfte einsatzbereit und stark erhalten müsse, um sich in internationalen Angelegenheiten Gehör zu verschaffen und den Verein-

igten Nationen den zur Garantie des Friedens erforderlichen Rückhalt zu geben.

Der Leiter des Sonderausschusses erklärte, wenn der Kongreß das Programm billige, werde es sich nicht vor 1953 auswirken.

### Wirtschaftspolitik auf weite Sicht

WASHINGTON. Auf Anregung des Staatssekretärs für die Landwirtschaft, Clinton Anderson, wird die UN-Konferenz für Ernährungsfragen demnächst in einer europäischen Hauptstadt stattfinden.

Die Konferenz soll nicht nur die Getreidemengen festlegen, welche die notleidenden Länder von den Vereinigten Staaten erwarten können, sondern vor allem diese Länder dazu veranlassen, untereinander im Sinn eines Ausgleiches krasser Mangelerscheinungen an Getreide und Brot bis zum Frühjahr 1948 zusammenzuarbeiten. Die Vereinigten Staaten bereiten die Pläne für eine europäische Wirtschaftshilfe vor. Nach dem Grundsatz Truman und Marshall's ist Europa ab sofort als ein wirtschaftliches Ganzes anzusehen.

Die vorgesehene erste der Brotgetreideversorgung geltende Konferenz wird den amerikanischen Staatsministern die Möglichkeit geben, ihre Politik für die nachfolgenden Konferenzen festzulegen, die möglicherweise der Unterstützung Europas mit anderen vordringlichen Produkten, wie Lebensmitteln, industriellen und landwirtschaftlichen Maschinen, Metallen und sonstigen Mangelwaren gelten werden. Eine der wichtigsten Fragen ist augenblicklich die, welchen Platz die amerikanischen Staatsminister der deutschen Industrie im Rahmen ihrer langfristigen Pläne zuweisen werden.

## Eigentum

Prof. Dr. Hans Peter

Der Mensch neigt zum Egoismus. Er möchte haben: um genießen zu können, um sich und den Seinen die Zukunft zu sichern, um mehr zu haben. Das Habenwollen findet seine Schranken; wenn die Mühe des Beschaffens den Genuß übertrifft, den sie beschafft; wenn ein Stärkerer nimmt; und — wenn das Recht eines anderen entgegensteht, sofern man sich nicht durch Mißachtung des Naturrechts außerhalb der sittlichen Weltordnung stellen will.

In zivilisierten Staaten vollzieht sich der Eigentumserwerb in gesetzlich sanktionierten Formen. Man besitzt, was man rechtmäßig erworben, ererbt, gekauft, geschenkt bekommen hat; man bezieht Einkommen auf Grund gesetzlich sanktionierter Verträge. Wer unrechtmäßig fremdes Eigentum an sich bringt, ist ein Dieb, ein Betrüger. Zu dieser Kategorie der Rechtsbrecher gehören auch diejenigen, die ihres Nächsten Hab und Gut unter dem Schein des Rechts an sich bringen. Und damit kommen wir zu den delikateren Fragen des Eigentums. Daß sich der Eigentumserwerb unter den Formen des positiven Rechts vollzieht, genügt offenbar nicht immer. Mit der jeweils bestehenden faktischen Verteilung des Eigentums und den Möglichkeiten regulären Erwerbs sind nicht stets alle einverstanden. — Ich denke dabei nicht an unbeherrschbare Querschnitts- und Verbesserungsbedürftig; das festzustellen, bedarf es keiner allzu tiefen Weisheit. — Aber bezüglich des Eigentums geht eine Kluft durch die Menschheit, die sich auf diese Weise nicht abtun läßt.

Daß es Reiche und Arme gibt, wird kein Zukunftsstaat beseitigen; es gibt eben Fleißige und Faulen, Sparsame und Verschwender; aber die Gesellschaft der Gegenwart ist nicht die romantische Idylle, in der Reichtum und Armut auf diese pädagogische Art zustandekommen sind. Der große Reichtum stammt auch in den seltensten Fällen aus Lotteriehauptpreisen. Gewalt und Nutznießerschaft „legitimer“ Macht haben ihr gut Teil zu seiner Anhäufung beigetragen. Aber lassen wir auch das! Bei der Rechtsfrage des Eigentums geht es um das Verhältnis der gleichzeitig lebenden Menschen. Was heute dem einzelnen zukommt, ist die Kardinalfrage.

Die Meinungsverschiedenheit, auf die wir anspielen, besteht zwischen denjenigen Reichen, die auf die ausschließliche Verfügungsbefugnis über ihren Besitz pochen, und denjenigen Armen, die es trotz Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit zu nichts bringen können. Die Reichen berufen sich auf die Heiligkeit des Privateigentums, die Armen auf die Gerechtigkeit. Beide glauben, sich auf unantastbare Grundsätze der Ethik zu berufen. — Gibt es etwa zwei Eigentumslehren? Die eine für die Reichen, die andere für die Armen? — Dann ließe das Ganze schließlich doch auf einen bloßen Machtkampf hinaus, und es gäbe gar kein Recht!

Ein bißchen Logik löst den scheinbaren Widerspruch. Der Mensch braucht Güter zum Leben; er kann seine Persönlichkeit nicht entfalten, wenn er nicht über ein Sondereigentum frei schalten und walten kann. Das ist die Forderung aus dem Ideal der Freiheit; sie erheischt das Bestehen von Sondereigentum, in das niemand, auch der Staat nicht eingreifen darf — ich sage „darf“; denn eingreifen „kann“ jeder Dieb.

Dieses Ideal der Freiheit sagt über das Ausmaß des Sondereigentums nur: „Soviel wie möglich.“ Das aber hat einen Doppelsinn. Verstehe ich es im natürlichen Sinne, so heißt es: „Soweit meine Gewalt reicht.“ Verstehe ich es im sittlichen Sinn, dann heißt es: „Soweit die Gerechtigkeit zuläßt.“ In diesem sittlichen Sinn aber „soll“ ich es verstehen; sofern ich mich nicht aus der sittlichen Ordnung herausstellen will. Denn außer mir fordern ja auch alle anderen aus dem Ideal der Freiheit ein Sondereigentum zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Meine Freiheit findet ihre Schranke in der Freiheit der anderen; die unabdingbare Schranke für mein Gewissen wird gezogen durch die Bedingung der Gerechtigkeit.

Der Streit wäre heute wohl ziemlich schnell geschlichtet, wenn es nur gälte, die gemeinsam erarbeiteten Güter zum laufenden Konsum zu verteilen. Die alte sozialistische Forderung „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ ist uns schon mehr in Fleisch und Blut übergegangen, als mancher wahrhaben möchte. Dem wirtschaftenden Menschen geht es darüber hinaus aber darum, die Versorgungsmöglichkeiten ständig zu verbessern. Dazu müssen aus dem gemeinsamen Erzeugnis Produktionsmittel abgezweigt werden, um den Produktionsapparat der Gesellschaft zu vergrößern. Sie werden dem Volkvermögen einverleibt und befinden sich je nach der herrschenden Wirtschaftsordnung in Sonder- oder Gemeineigentum.

Neues Sondereigentum fließt aber nur jenen zu, die sparen — können! Sind und sollen das nur diejenigen sein, die bereits besitzen und denen bei der herrschenden Wirtschaftsordnung Besitzeinkommen zufließen? Oder sollen „möglichst alle“, insonderheit die

Bezieher von Arbeitseinkommen zu Sonder-  
eigentümern an Produktionsmitteln werden?  
Oder soll die Gemeinschaft als solche allein  
über die Produktionsmittel verfügen und be-  
stimmen, wieviel und was aus dem Sozial-  
produkt laufend dem Produktionsapparat hin-  
zufügen ist?

Die Entscheidung darüber trifft die Verfas-  
sung. Sie schafft die Institution, deren Leiter die  
Einzelmaßnahmen ergreifen. Aber menschliche  
Einrichtungen sind unvollkommen und lassen  
sich mißbrauchen. Sie sind Mittel zum Zweck.  
Die Normen jedoch, nach denen sich die Ver-  
antwortlichen zu richten haben, sind allge-  
mein menschlicher Natur, sind unveränderlich  
und unverrückbar wie die Sterne selbst. Durch  
den Mehrheitsbeschluß kann das Volk nur be-  
künden, inwieweit es das Recht will. Durch  
das positive Recht bestimmt es nur die Taktik  
im Kampf ums Recht.

Ein Staat ist nur insoweit Rechtsstaat, als  
in ihm die Wahrung des Rechtes öffentlicher  
Kontrolle unterliegt. Ihr muß der Staat so  
gut unterworfen sein, wenn er Gemeineigentum  
verwaltet, wie der Sonderigentümer,  
der über Produktionsmittel verfügt. Wie die  
Kontrolle vollzogen wird, ist eine Zweckmäßi-  
gkeitsfrage; sie muß nur ausreichend sein.

Sonderigentum besteht nur insoweit zu  
Recht, als seine Verteilung gerecht ist und  
durch seine Verwendung weder fremde Rechte  
noch das Gemeinwohl beeinträchtigt wird.  
Nur wer diese Rechte anderer verletzt, darf  
in seinem Verfügungsrecht beschränkt wer-  
den; wenn nichts anderes fruchtet, durch Ent-  
eignung. Die Kannvorschrift der neuen Ver-  
fassung macht einen solchen Schritt ohne re-  
volutionären Akt möglich. Pflicht der Regie-  
rung ist, sie gegen jeden zu benutzen, der sich  
nicht in die sittliche Ordnung einfügen will,  
ohne die es keinen Wert hat, daß Menschen  
auf Erden leben. Der Rechtsgrund dieser Ver-  
pflichtung ist nicht positiv rechtlicher, sondern  
naturrechtlicher Art.

### Der neue Landtag

Die Eröffnungssitzung des neuen Landtages  
von Württemberg-Hohenzollern findet am  
3. Juni, 15 Uhr (nicht wie ursprünglich be-  
kannntgegeben um 11 Uhr) im Schloß in Be-  
benhausen statt.

### Kontrolle säumiger Bauern

BREMEN. Die Landesbauernschaft Weser-  
Ems hat zur Beseitigung der gegenwärtigen  
Ernährungskrise eine Kontrolle der schlecht  
wirtschaftenden und abliefernden Betriebe  
durch fachkundige Betriebsleiter während des  
ganzen Jahres angedeutet. Die ständige Kon-  
trolle dieser Höfe dient der Erfüllung des An-  
bauplanes, der ordnungsgemäßen Bodenbestel-  
lung, der Anpassung des Viehbestandes an die  
wirtschaftseigene Futtergrundlage, ferner der  
Milcherzeugung und Milchablieferung, der  
Durchführung von Zwangsaustausch im mittel-  
baren Anschluß an die Ernte, der Ueberwa-  
chung der Angaben der Viehzählung und der  
Bodenbenutzungsüberwachung. Diese Maßnahmen  
sollen dazu beitragen, daß die kontrollierten  
Bauern auch von sich aus alles tun, um ihren  
Ablieferungspflichten zu genügen.

### Täglich zwei Morde

BERLIN. Der Berliner Stadtrat nahm einen  
Antrag der SP an, mit größter Unschicklich-  
keit gegen Schwarzhändler vorzugehen und  
in den Strafbestimmungen auch Zwangsarbeit  
vorzusehen. Stadtrat Orlopp führte dazu  
aus, daß die Berliner Polizei durchschnittlich  
400 Schwarzhändler im Monat festnimmt, deren  
Umsatz 5- bis 7 Prozent der rationierten  
Lebensmittel und 10 bis 12 Prozent der Tex-  
tilien ausmacht. (Und wie groß ist der Um-  
satz der nicht erwischten Schwarzhändler?  
Die Red.) Nach dem Polizeibericht werden in  
Berlin täglich zwei Morde im Zusammenhang  
mit dem Schwarzhandel begangen. Die vorge-  
sehenen Strafen gegen die Schwarzhändler  
sind nicht streng genug, außerdem erfolgen  
die Aburteilungen zu spät. Die bisher erlas-  
senen Maßnahmen, die Schwarzhändler zur Ar-  
beit zwingen, haben sich als unwirksam er-  
wiesen.

## Das Bild des Kaisers

Novelle von Wilhelm Hauff

„Freund“, entgegnete Rantow, „In diesem  
Süddeutschland finde ich mich selbst nicht  
mehr; es ist alles ganz anders, man denkt, man  
spricht anders, als ich gewöhnt bin, und so  
mag ich mir selbst kein Urteil mehr zutrauen,  
am wenigsten über Anna.“

„General!“ rief Anna, „Sie führen nachher  
hoffentlich meine Verteidigung gegen Ihren  
Herrn Sohn?“

„Nun merken Sie auf, Rantow!“ sprach der  
junge Willi. „Daß dieses Fräulein die Schönste  
im ganzen Neckartal, von Heidelberg bis Tü-  
bingen ist, behaupten nicht nur alle reisenden  
Studenten, sondern auch sie selbst weiß es  
nur allzu gut und hat sich ganz danach ein-  
gerichtet; sie ist aber dabei so spröde wie  
Leandra im eben angeführten Don Quichotte.  
Nach ihren politischen Ansichten, dann sie ist  
gewaltig politisch, ist sie ein Amphibion. Sie  
hält es bald mit dem Alten, bald mit der  
neuen Zeit. Sie ist gewaltig stolz, daß sie vier-  
undsechzig Ahnen hat, auf ihrem Stammschloß  
lebt, und daß schon Anno 990 ein Thierberg  
einen Acker gekauft hat. Auf der andern Seite  
ist sie durch und durch napoleonisch. Sie liebt  
eben jeden Mann mit Enthusiasmus, der den  
Glanz ihrer vierundsechzig Ahnen in den  
Staub geworfen hat.“

„Sind Sie nun zu Ende?“, fragte Anna, ruhig  
lächelnd. „Weißt du aber auch, Vetter, daß  
er den ärgsten Anklagepunkt, das schwärzeste  
Verbrechen in seinen Augen aus Edelmüt ver-  
schwiegen hat? Nämlich das, daß ich kein so-  
genanntes deutsches Mädchen bin, daß ich  
nicht jetzt schon in meinem Kämmerlein mich  
im Spinnen übe, wie es einer deutschen Maid  
kommt, und keine Lorbeerkränze für die  
Irene der künftigen Sieger bechte. Weißt du  
auch, wer dieser Herr ist? Das ist ein  
eines ungeheuren, unsichtbaren Bun-

## Deutsche Kriegsgefangene in Frankreich

Monatlich 20 000 Entlassungen und 25 000 Umwandlungen in freie Arbeiter

(Von unserem Pariser Korrespondenten)

PARIS. Die Zahl der im Laufe dieses Jah-  
res in Frankreich befreiten Kriegsgefangenen  
beträgt zurzeit 84 000 Mann, und zwar wur-  
den je 12 000 in den Monaten Januar und Fe-  
bruar und je 20 000 in den Monaten März,  
April und Mai aus der Kriegsgefangenschaft  
entlassen. Die Heimführung geschieht in völ-  
liger Uebereinstimmung mit den seinerzeit  
zwischen der französischen und der amerika-  
nischen Regierung getroffenen Vereinbarun-  
gen. Wenn verschiedentlich behauptet worden  
ist, daß bei der Entlassung der Kriegsgefange-  
nen aus Frankreich ein Unterschied zwischen  
den von den Franzosen und den von den  
Amerikanern gemachten Kriegsgefangenen be-  
stehe, so ist dies unzutreffend. Beide Katego-  
rien von Kriegsgefangenen werden völlig  
gleichmäßig behandelt. Das gilt auch für die  
in Nordafrika stationierten Kriegsgefangenen.

Alle Kriegsgefangenen unter 18 Jahren sind  
bereits befreit und nach Deutschland entlas-  
sen worden. Ausgenommen von der Heim-  
schaffung sind lediglich Kriegsverbrecher oder  
solche, die sich andere kriminelle Vergehen  
haben zuschulden kommen lassen.

Gewisse Kategorien von Kriegsgefangenen  
werden bevorzugt entlassen: Antinazis, d. h.  
solche, die eine aktive Tätigkeit gegen das  
Hitlerregime nachweisen können. Es sind dies-  
bezüglich sehr genaue und gewissenhafte Nach-  
prüfungen angestellt worden. Die Zahl der  
Kriegsgefangenen, die unter diese Kategorie  
fallen und die in der Lage waren, ihre anti-  
nazistische Tätigkeit nachzuweisen, beträgt  
etwa 5 pro Mill der in Frankreich stationier-  
ten Kriegsgefangenen. Ferner wurden folgende  
Kategorien von Kriegsgefangenen entlassen,  
die Jahrgänge über 50 Jahre, Familienväter  
mit mehr als vier Kindern, Witwer und Väter  
von mindestens zwei Kindern, sowie Un-

teroffiziere, die sich freiwillig zum Arbeits-  
einsatz gemeldet haben, obwohl sie nach der Gen-  
fer Konvention hierzu nicht verpflichtet ge-  
wesen wären.

Die Aktion der Umwandlung von Kriegs-  
gefangenen in freie Arbeiter ist gegenwärtig  
im Gange. Jeder Kriegsgefangene hat zwischen  
dem 1. und dem 20. Mai den Text der hier-  
für von der französischen Regierung aus-  
gearbeiteten Richtlinie erhalten und kann sich  
aus freien Stücken entscheiden, ob er für eine  
Weiterarbeit in Frankreich optiert oder nicht.  
Die französische Regierung wünscht, daß diese  
Entscheidung völlig frei und unbeeinflusst ge-  
schieht. Sie läßt deshalb dem Kriegsgefangenen  
eine Frist von drei Monaten, auch um ihm  
Gelegenheit zu geben, mit seinen Angehö-  
rigen in Deutschland zu korrespondieren  
und deren Ansicht einzuholen. Zwischen der  
Zustimmungserklärung der Kriegsgefangenen  
und der Umwandlung in freie Arbeiter muß  
eine Frist von 6 Wochen verstreichen, wo-  
durch den Kriegsgefangenen das Recht ge-  
währt wird, beim Lagerkommandanten oder  
beim Internationalen Roten Kreuz Einspruch  
zu erheben, wenn er glaubt, bei seiner Ent-  
scheidung irgendeinem Druck ausgesetzt ge-  
wesen zu sein. Die Zahl derjenigen Kriegs-  
gefangenen, die bereits für die Umwandlung  
in freie Arbeiter optiert haben, übersteigt die  
daran geknüpften Erwartungen. Obwohl die  
Frist für die Optieren erst begonnen hat, haben  
sich schon jetzt mehr als 3 Prozent der Kriegs-  
gefangenen in Frankreich für eine Umwand-  
lung in freie Arbeiter entschieden.

Den zwischen der französischen und der  
amerikanischen Regierung getroffenen Verein-  
barungen zufolge werden monatlich 25 000  
Kriegsgefangene in freie Arbeiter umgewan-  
delt.

## Die Urteilsverkündung im Rastatter Prozeß

Neuer Selbstmord in Nürnberg / Himmlers „Lebensborn“

RASTATT. Im Namen des französischen  
Oberkommandierenden in Deutschland wur-  
den vom Hohen Gericht in Rastatt die Urteile  
in dem Prozeß gegen die Wachmannschaften  
der KZ-Lager Schönbürg, Spaichingen, Bislin-  
gen und Iffezheim und gegen die Betriebs-  
leiter der Oelschleifer- und Metallwerke Spaichingen bekanntgegeben.

Die Angeklagten Ehrmann, Traut, Markart,  
Kabus, Gransee, Schulz, Zindel, Koecke, Mü-  
ller und Fuchs wurden zum Tode verurteilt.  
Die Angeklagten Landenberger, Mesek und  
Göbel wurden zu lebenslänglichem Gefängnis  
mit Zwangsarbeit verurteilt. Die Angeklagten  
Franz Hartmann und Grill erhielten zwanzig  
Jahre Gefängnis mit Zwangsarbeit.

Der Angeklagte Tempel wurde zu fünf Jah-  
ren, Bruder zu acht Jahren, Jungblut zu acht-  
zehn Monaten Gefängnis, Neumerkel zu zehn  
Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit, der An-  
geklagte Formann zu fünf Jahren, Rakowicz  
zu vier Jahren, Rainer Hartmann zu acht  
Jahren und Steinbeißer zu fünf Jahren Ge-  
fängnis verurteilt.

Bei Steinbeißer wurde ein Strafaufschub  
von drei Jahren und sechs Monaten bewilligt.  
Die Angeklagten Breiting, Worm, Caidus  
und Dr. Hänlein wurden freigesprochen.

NÜRNBERG. Der Generalleutnant der Ge-  
birgstruppen, Franz Böhme, der sich aus  
dem dritten Stockwerk in das Treppenhaus  
des Nürnberger Gefängnisses stürzte, starb in  
einem deutschen Krankenhaus. General Böhme,  
ehemaliger Befehlshaber in Serbien, sollte im  
kommenden Monat in einem Prozeßverfahren  
gegen deutsche Generäle wegen Kriegsverbre-  
chen in den Balkanländern und in Südost-  
europa abgeurteilt werden.

Seit der Ueberführung der deutschen Kriegs-  
verbrecher nach Nürnberg im Herbst 1945 ist  
dieses der fünfte Selbstmord im Gefängnis des  
Nürnberger Justizpalastes.

Ueber die Organisation „Lebensborn“ be-  
fragt, erklärte der Angeklagte Oswald Pohl

in der Mittwochvormittags-Verhandlung des  
Pohl-Prozesses, dies sei ein „privater Verein“  
gewesen, der von Himmler gegründet wurde  
und dem jeder SS-Angehörige als Pflichtmit-  
glied habe beitreten müssen. Himmler habe  
mit dieser Gründung die häufigen Fälle von  
Abtreibung während des Krieges verhüten  
wollen und zur „Rettung des guten Blutes“  
Heime für die Mütter unehelicher Kinder ge-  
schaffen. Pohl betonte, daß in diesen Heimen  
nicht nur Kinder von SS-Männern Unter-  
kunft fanden. Pohl gab nach anfänglichem  
Leugnen zu, eine einflußreiche Stellung im  
„Lebensborn“ bekleidet zu haben.

### Zwangsarbeit für Schwarzhändler

DÜSSELDORF. Eine erhebliche Verschär-  
fung der Schwarzmarktbekämpfung und der  
Kontrolle der landwirtschaftlichen Erzeugung  
in Nordrhein-Westfalen wurde in der Sitzung  
des geschäftsführenden Kabinetts von Nord-  
rhein-Westfalen am Mittwoch beschlossen.

1. Die Schwarzmärkte, die sich an gewissen  
Straßen und Plätzen in den Großstädten breit-  
gemacht haben, sollen durch polizeiliche Maß-  
nahmen unterdrückt und zum Verschwinden  
gebracht werden.

2. Alle des Schwarzhandels überführten und  
ohne ordnungsmäßige Arbeitskarte angetro-  
ffenen Personen, ebenso alle arbeitscheuen  
Elemente werden mit Zwangsarbeit bestraft  
werden.

3. Gegen die Verheimlichung und Nichtab-  
lieferung von Vieh und landwirtschaftlichen  
Produkten und sonstigen Nahrungsmitteln  
wird mit empfindlichen Strafen vorgegangen  
werden. Geldstrafen sind bei schweren Ver-  
fehlungen keine genügende Sühne. Die zu ver-  
hängenden Strafen müssen abschreckend wir-  
ken. Die verhängten Urteile müssen mit Na-  
mensnennung in der Presse veröffentlicht  
werden.

4. Die Kontrollen der landwirtschaftlichen  
und gewerblichen Ablieferung werden beträchtlich verschärft werden.

schön, ihre Stimme so klangvoll und rührend  
gedeutet als in diesem Augenblick.

„Sie ist ein sonderbares, aber treffliches  
Kind“, sagte der General, indem er ihr lä-  
chelnd nachblickte. „Wenn sie ihm doch alle  
seine Schwärmerien aus dem Kopfe reden  
könnte! Aber so wird er nie glücklich werden;  
denken Sie, Rantow, er hat oft Stunden, wo  
es ihm lächerlich, ja töricht erscheint, daß er  
in meinem bequemen Schloß wohnt und Nach-  
bar Görge und Michel, die doch auch deutsche  
Männer sind, nur mit einer schlechten Hütte  
sich begnügen müssen. Das ist eine sonder-  
bare Jugend, das nennen sie jetzt Freiheits-  
sinn! Und doch ist er sonst ein so wackerer  
und vernünftiger Junge.“

„Ein Hebenwürdiger, trefflicher Mensch“,  
bemerkte Albert, indem er oft unruhige Blicke  
nach jenen Blumen streifen ließ, unter wel-  
chen Willi und Anna wandelten. Das Gespräch  
schien von beiden Seiten mit großem Interesse  
geführt zu werden, die Gegenwart des Gene-  
rals verhinderte ihn, von seiner Lognette Ge-  
brauch zu machen, und doch war sie ihm nie  
so nötig gewesen als in diesem Augenblick,  
denn er glaubte gesehen zu haben, wie der  
junge Willi Annas Hand ergriff und — an  
seine Lippen führte. Der General mochte die  
Unruhe und Zerstreuung des jungen Mannes  
bemerken, er ging mit Rantow dem Baum-  
gang zu, und als Anna sie herankommen sah,  
ging sie ihnen mit Willi entgegen. Des Gene-  
rals Schwester, eine würdige Dame, welcher  
Annas Besuch galt, kam in diesem Augenblick  
herzu, und da in ihrer Gegenwart nichts Poli-  
tisches, das zum Streit führen konnte, abge-  
handelt werden durfte, so zog es die Gesell-  
schaft vor, ihrer Einladung zu folgen und un-  
ter der Halle des Schlosses den Wein des Ge-  
nerals und die schönen Früchte seiner Gärten  
zu kosten. Man beschloß, daß der General und  
sein Sohn morgen den Besuch auf Thierberg  
erwidern sollten, und so schieden die beiden  
Willi mit Ehrfurcht von Anna, mit der Herz-  
lichkeit alter Freunde von Rantow.

## Parlament ohne Frauen

Trotzdem die Wahlvorschläge aller Parteien nicht  
wenig Frauennamen enthielten, kann auch das  
schärfste Auge im Landtag zu Bebenhausen keine  
Frau entdecken, weder eine tüchtige Berufsdame,  
noch eine ehrwürdige Mutter, von einer reinen  
Politikerin ganz zu schweigen.

Aus der Wahlkartei geht deutlich hervor, daß  
sich die Frauen „gut“, das heißt zahlreich, an der  
Wahl beteiligt haben. Es kann deswegen nicht be-  
hauptet werden, die Frauen hätten nicht das ihrige  
getan, um „ihre“ Kandidatinnen durchzubringen.  
Die stärksten Parteien hatten keine Frau an  
sicherer Stelle. Es kamen, groß gesagt, alle Frauen-  
stimmen den Männern zugute.

So ist aber die Sache mit dem passiven Wahl-  
recht der Frau sicher nicht gedacht.

Freilich, wer es schon erlebt hat, wie die glei-  
chen Männer, welche bei verführerisch um unsere  
Stimmen buhlen, sich bei der Aufstellung der Kan-  
didaten in hitzige Feinde aller „Unterwürfe“ auf  
dem Rathhaus“ verwandeln, der wundert sich über  
nichts.

„Die Frau schweigt in der Kirche“ sagt Paulus,  
der Apostel. Er scheint in diesem Punkte in Würt-  
temberg-Hohenzollern eifrige Anhänger zu haben.

Ein Glück ist es vielleicht, daß unsere Parlamen-  
tarier Gattinnen, Freundinnen, Mitarbeiterinnen  
Mütter und Töchter haben. Diese sollten ihnen mit  
weiblichen Spezialwissen so lange in den Ohren  
liegen, bis etwas davon in die Politik eindringt.  
An Stoff dazu fehlt es nicht. Luise

## Kleine Weltchronik

### Amerikanische Zone

MÜNCHEN. Das Sonderministerium für die poli-  
tische Säuberung hat angeordnet, daß alle Frauen  
der in Nürnberg verurteilten Nazikriegsverbrecher,  
die sich in Bayern aufhalten, verhaftet werden.

NÜRNBERG. Für den Bahrbau werden immer  
noch 80 000 bis 100 000 freiwillige Arbeitskräfte be-  
nötigt.

HEIDELBERG. Drei Frauen wurden von einem  
amerikanischen Militärgericht zu drei Jahren Ge-  
fängnis verurteilt, weil sie drei tüchtige amerikani-  
sche Negersoldaten beherbergt hatten.

FRANKFURT. Die Militärregierung hat den An-  
trag der KP. Hessen zur Zulassung der SE ab-  
gelehnt.

### Britische Zone

DÜSSELDORF. 14 Jugendleiter und -leiterinnen  
aus Nordrhein-Westfalen werden auf Einladung der  
englischen Jugendorganisation Anfang Juni nach  
England fahren.

### Russische Zone

POTS DAM. 4700 Kriegsgefangene aus der Sowjet-  
union sind in den letzten Tagen in Frankfurt a. d. O.  
eingetroffen.

### Berlin

BERLIN. Aus einem Krankenhaus sind vor eini-  
gen Tagen eine Million Penicillin-Einheiten gestoh-  
len worden.

BERLIN. Das Berliner Parlament hat einen An-  
trag der SP, sofort das neunste Schuljahr als Pflicht  
einzuführen, einstimmig angenommen.

### London

LONDON. Die Jahreskonferenz der britischen Ar-  
beiterpartei hat vor Abschluß ihrer Beratungen eine  
Entscheidung angenommen, in der eine Erhöhung  
der Lebensmittelpreise nach Deutschland, Besei-  
tigung der deutschen Wirtschaft, einheitliche Zonen-  
verwaltung, Verbesserung der Wohnungsverhältnisse  
und höhere Zuteilungen an Kohle verlangt werden.

ROM. De Gasperi hat die neue italienische Regie-  
rung gebildet, die aus Angehörigen der christlich-  
demokratischen Partei und aus Fachministern be-  
steht. Kommunisten und Sozialisten sind in der Re-  
gierung nicht vertreten.

HELSINKI. Die finnische Polizei hat eine geheime  
Spionageorganisation aufgedeckt, die hauptsächlich  
von konservativen Jugendbünden organisiert war  
und aktiv gegen die Sowjetunion und die finnischen  
Linksparteien arbeitete.

Herausgeber und Schriftleiter: Will Hanus Hebracker,  
Dr. Ernst Müller und Alfred Schwenger.  
Weitere Mitglieder der Redaktion: Albert Anshaus,  
Dr. Helmut Kiersta und Josef Klingschüler (i. Z. im Urlaub)  
Monatliches Bezugspreis einschließlich Trägerlohn 4,50 RM durch  
den Post 1,74 RM. Einzelverkaufspreis 20 Pf.  
Erscheinungsort: Ditzingen und Ulm

7.  
Der Gast aus der Mark, obgleich er in je-  
dem Damenkreis seiner Heimat mit einer Si-  
cherheit aufgetreten war, welche man sich  
durch Erziehung und gehöriges Selbstver-  
trauen erwirbt, obgleich er sich in Berlin  
mancher schwierigeren Sieges hatte rühmen  
können, fühlte sich doch nie in seinem Leben  
so befangen als an jenem Abend, wo er mit  
Anna am Neckar hin nach Thierberg zurück-  
kehrte. Tausend Zweifel plagten und quäl-  
ten ihn, und jetzt erst, als ihm der letzte  
Blick, den Anna dem jungen Willi zugewor-  
fen hatte, jetzt erst fühlte er, wie mächtig  
schon in ihm die Neigung zu seiner schönen  
Base geworden sei. Zwar, wenn er seine ei-  
gene Gestalt, sein ausdrucksvolles Gesicht,  
sein sprechendes Auge, seine gewählte und  
reiche Sprache, seine eleganten Formen, die  
Sicherheit und Gewandtheit seines Geistes,  
kurz, wenn er alle seine Vorzüge mit Robert  
Willis Eigenschaften maß, so glaubte er sich  
doch ohne Anmaßung trösten zu können;  
fehlte doch jenem, wenn er sich auch gut aus-  
zureden vermochte, jener unachahmliche  
Tonfall der Sprache, fehlte ihm, wenn man  
ihm auch Anstand und Würde nicht streitig  
machen konnte, jene letzte Vollendung und  
Feinheit eines modischen Wundervogels, jene  
unachahmliche Geste des Geschmacks,  
das angeborene sein muß; es fehlt ihm, so  
schloß der Berliner mit heimlichem Lächeln  
bei sich selbst, jenes je ne sais quoi, das den  
Geschöpfen Gottes das Siegel der Veredelung  
aufdrückt und auch den gewöhnlichen Men-  
schen zu einem homme comme il faut macht!  
Aber Anna ist hier auf dem Lande, ist in  
Schwabens aufgewachsen, fuhr er fort, sie  
könnte, ehe sie mich sah, mit Robert Willi —  
„Anna, eine Frage“, sprach er ängstlich zu ihr,  
nachdem sie eine geraume Weile still fort-  
gewandelt waren, „und nimm doch diese Frage  
nicht übel auf! Liebst du diesen jungen Willi?  
Stehst du mit ihm in einem Verhältnis?“  
(Fortsetzung folgt)



Kleines Kapitel Zeit

Nun haben wir uns an die neue Zeit gewöhnt. Aber immer noch ist die doppelte Sommerzeit Gegenstand suspendierter Unterhaltung...

Die Heuernte hat begonnen

Mit Beginn dieser Woche wurde überall mit der Heuernte begonnen. Im allgemeinen steht das Gras sehr schön und verspricht quantitative und qualitative eine gute Ernte...

Calwer Stadtnachrichten

Volksbildungswerk Calw

Am 11. Juni 1947 beginnt ein neuer Stenografiekurs für Anfänger, II. Teil (zur Vorbereitung für die 80-Silbenprüfung)...

Am Samstag, den 14. Juni, um 20.30 Uhr, liest Sebastian Blau im Georgenium aus eigenen Werken, wozu herzlich eingeladen wird.

Für das Soziale Hilfswerk. Von den beiden Konzerten des Albica-Harmonika-Orchesters, die sich eines starken Besuches zu erfreuen...

Aus dem Gerichtssaal

Ein Ganishandel mit Nachwehen. Rand ein halbes Dutzend Zeugen waren zu einer Verhandlung aufmarschiert, in der ein Mann wegen Betrug im Rückfall angeklagt war...

Familiennachrichten

Ihre Vermählung geben bekannt Christian Steeb, Gertrud Steeb geb. Girsbach...

Als Vermählte grüßen Eugen Mast, Schmiedemeister Martha Mast, geb. Hamann Grünbeck den 17. Mai 1947.

Ihren gemeinsamen Lebensweg haben begonnen Heinz Mahlo, Liesel Mahlo, geb. Koch Königsbrück-Schernbach Dresden (würdt. Schwarzw.) Pfingsten 1947.

Calw-Schützenhaus, 28. 5. 47. Mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater Josef Bauz ist gestern abend nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 73 Jahren sanft entschlafen...

Martinmoss, 23. Mai 1947. Gott dem Herrn hat es gefällig, das arbeitsreiche Leben meines lieben Mannes, unseres treusorgenden Vaters, Großvaters, Schwiegervaters, Bruders, Schwagers und Onkels Friedrich Volz, Landwirt...

Allensteig, den 28. Mai 1947. Nach Gottes unerforschlichem Ratsschluss entschlief heute früh 2.15 Uhr meine innigstgeliebte Frau, meine herzensgute, liebe Mutter Frau Katharina Böhm geb. Schotteler...

Allensteig, 22. Mai 1947. Todesanzeige und Dankagung Unsere liebe, treusorgende Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante Karoline Luz, geb. Wallraff...

Allensteig, 28. Mai 1947. Nach einem arbeitsreichen Leben ist unsere liebe, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter Christine Lörcher Witwe am 16. Mai 1947 im Alter von 83 Jahren für immer von uns gegangen...

Altbürg, 28. Mai 1947. Nach einem arbeitsreichen Leben ist unsere liebe, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter Christine Lörcher Witwe am 16. Mai 1947 im Alter von 83 Jahren für immer von uns gegangen...

Beschlüsse des Calwer Gemeinderats

Sitzungsbericht vom 29. Mai

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Blessing wurde der Anschaffung eines schon länger in Auftrag gegebenen Rollstrommelwagens auch unter den veränderten Preisverhältnissen zugestimmt...

Worüber Nagold zu berichten weiß

Aus der letzten Sitzung des Gemeinderats

Gerbermeister Meyer erhält die stets wiederfällige Erlaubnis, seinen Betrieb an die städtische Wasserversorgung anzuschließen...

In dieser Verhandlung der Eindruck erweckt, daß der eingeschlagene Weg zur Aufmischung eines Pferdehandels von Seiten des dazu Gewillten noch einer erheblichen Korrektur bedarf.

Rathaus, die durch Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung eine Unterbrechung erlitten, können nun wieder fortgesetzt werden, sodaß noch in diesem Jahr mit der Beendigung gerechnet werden kann...

Aus dem kirchlichen Leben des Bezirks Calw

An der Mädchen- und Jungmädchentagung in Tübingen haben sich die Mädchenkreise des Bezirks in großer Zahl beteiligt...

Eine städtische Reihe Gartenbesitzer und Eigentümer landw. Kulturen im Kleinanbau, die angesichts der Wichtigkeit der Sache bedeutend größer hätte sein können...

Aus dem kirchlichen Leben des Bezirks Calw

An der Mädchen- und Jungmädchentagung in Tübingen haben sich die Mädchenkreise des Bezirks in großer Zahl beteiligt...

Düngung, sowie über Spezialkulturen im Gartenbau, den Anbau von Frühkartoffeln, Mohlen, Hülsenfrüchten usw. Kreisbauwart Walz behandelte den Gemüsebau in Hausgärten...

Geistliche Musik in Nagold und Wildberg

Das Tübinger Künstler-Ensemble: Susa Röhrlich, Ernst Klemm und Eva Liedecker-Hölderlin bereite in den evangelischen Kirchen zu Nagold und Wildberg zahlreichen Gläubigen...

Mindersbach. In aller Stille begingen die Eheleute Jakob und Katharine Fabian...

Die Eheleute Jakob und Katharine Fabian das goldene Ehejubiläum. Die beiden Eheleute, die in den 70er Jahren leben, sind beide noch recht rüstig und arbeiten Tag für Tag auf dem Felde...

Rohrdorf, Pfarrer Schrempf, der 18 Jahre lang in vorbildlicher Weise die evangelischen Gemeinden Rohrdorf und Mindersbach betreute...

Unterschwandorf. Die hiesige Gutsverwaltung wurde vom bisherigen Gutsverwalter Graf abgegeben und einer neuen Verwaltung in der Person eines erfahrenen norddeutschen Landwirts bestellt.

Grömbach. Altbürgermeister Kleinik ist verschieden. Lange Jahre hindurch leitete er mit vielem Geschick und großer Umsicht unsere Gemeinde...

Mädchenchors und des Kirchenchors. Darbietungen des Posaunenchores, heitere Aufführungen des Mädchenkreises, die Darstellung des Laienspiels „Der Senkrecht“ durch die männliche Jugend...

Veranstaltungen

Opernbühne. Rolf Becker - Hechingen. Einen Abend aus dem Reich der Operette mit vielen bekannten Melodien bringt Ihnen Rolf Becker mit seinem Künstlerensemble...

Wir im vergangenen Jahre werden Sie einen gesunden Abend beschwingten Gesangs, anmutigen Tanzes in referenden Kostümen erleben. Wir gastieren am 4. Juni 1947 in Nagold; am 5. Juni 1947 in Wildbad.

Kostenvorverkauf und Veranstaltungsort wird durch Plakate bekannt gegeben.

Verschiedenes

Verloren Taschenrechner, M. Zenitz, m. schw. Kordel, 27. 5. 47, zw. 17 u. 18 U. a. d. Straße Bad Liebenzins-Hirsau (verm. b. d. Vork-Jasel Hirsau, Dreieck), G. H. Bel. abt. b. K. Kraft, Hirsau, Umlandstr. 1.

Hotel-Freudenheim-Café gesucht. Gebot, Einladungsheft mit Obstgarten am Bodensee, Angeb. un. C 2885 an Schw. Tagbl. Calw.

Acht, Bettstelle mit vollst. Bett, gut erhalt., abzugeben. Dasselbe junge Milchziege zu kaufen, ges. Haag, Calw, Hengstler-Steige 53.

Achtung! Ehemal. Angehöriger der Feldpostnummer 09536 A, die am 14. 9. 1944 im Gefecht bei Muzcourt in Frankreich (Vog.) mein Sohn Edmund Wirth gesehen haben bzw. Auskunft über seinen Verbleib geben können, bitte ich um Nachricht. Frau Lisa Wirth, Aldingen/Neckar, Schillerstraße 28.

Tiermarkt

Schlachtkuh, ca. 13-14 Ztr. schwer, taucht gegen Nutz- und Fahrküh. Karl Würster, Schönbrunn, Kreis Calw.

Junge Ziege, 4 Wochen alt, hat abgezogen, Hirsau, Klosterhof 19. Einen Wurf echte Charakilla verkauft, Hirsau, Klosterhof 19. Einfaßen Dachstuhl, langhaarig, schwarz, am 27. 5. in Reichenberg abzugeben gegen Belohnung bei Bürgermeister, Aldinger, Reichenberg.

Goldschmiede, Goldschmiede-Lehr- und Polierlehre-Mädchen gesucht. A. Wagner, Schmuckwarenfabrik, Hirsau (Kurort). Ordentlichen Jungen mit guter Schulbildung in kaufmännische Lehrstelle per sofort nach Calw gesucht. Angebote unter C 2880 an Schw. Tagblatt Calw.

Lohnende Beschäftigung, eventl. in Heimarbeit, von Calwer Firma durch Besuchen von Spielzeug geübt. Angebote unter C 2882 an Schw. Tagblatt Calw. Kostorstin per sofort gesucht evtl. in Heilbronn, bei guter Bezahlung. Gen.-Sekretariat der VEGE-TARIER-UNION, Ebbhausen, Kreis Calw.

Stellengesuche. Fischlingsfrau sucht Stelle in frauenlos. Haushalt, mögl. auf Land, ohne Feldarbeit. Melken kann übernommen werden. Angebote u. C 2891 an S. T. Calw.

Kaufgesuche. Norddeutsches Unternehmen sucht laufend Flaschen und Flaschen von 5 bis 100 ccm. Lieferung von Fertigfabrikanten, mögl. Angeb. unter Nr. 2034 an Westd. Anzeigen-Gesellschaft, Bremen, Angerstraße 49.

6-Loch-Felgen, 20 Zoll, von Opel-Krupp usw. f. LKW, Renault 2.5 T. Hinterachse f. LKW Renault, 2.5 T. od. Differential kl. Koppelrad, 8 Z., groß. Kesselrad, 45 Z., zu kaufen ges. Ernst Pfrommer jun., Autoversand, Herrenalb.

Reise- oder Bürorechnungsdruck, gut erhalt., gegen Höchstpreis dringend zu kaufen gesucht. Gasthof u. Metzgerei Karl Wolf, Ostelsheim, Kreis Calw.

Tausch / Gaboten. Eisenbahnwagen, neu, Gr. 1.60, ges. Herrenrad, gut erhalten. Angeb. u. C 2892 an S. T. Calw. Herrenwintermantel, braun, Gr. 44, ges. Bodenteppich, 3 auf 3 1/2 m. Angeb. u. C 2897 an S. T. Calw. Eis-Bett-Schlafzimmer, neu, hell eiche, rot. Marmor, mit Spiegel hat abzugeben, Dasselbe nur gut. Motorrad, 200-350 ccm, fahrbereit zu kaufen gesucht. Angeb. unter C 2888 an S. T. Calw.

Stellenangebote. Jg. Mann oder Mädchen, rassist. geistig, weiches, allen landw. Arbeiten vorzuziehen kann, wegen Todesfall in Betrieb mit 3 Stück Vieh bei guter Behandlung ges. Geschwister Schroth, Monakam.